

Ist unsere Wirtschaft noch zu retten?

Deutschlands Geschäftsmodell am Ende

Coronakrise, Energiekrise und Eurokrise machen es den Bürgern im Moment nicht leicht. Wir könnten aus dieser Tiefelage jedoch wieder herauskommen, wenn wir an den Ursachen ansetzen würden, zeigt der Finanzexperte Marc Friedrich auf. Er erklärt, warum es Deutschland wirtschaftlich so schlecht geht und welche Maßnahmen jetzt von der deutschen Politik und der Europäischen Zentralbank gefordert werden sollten.

von Marc Friedrich, Lorch

Die Russland-Sanktionen und Corona-Maßnahmen entfalten ihre volle Wirkung und zwar indem sie Deutschlands Geschäftsmodell beenden: Der frühere Exportweltmeister ist in die zweite Bundesliga abgestiegen. Der Exportüberschuss hat sich pulverisiert auf nur noch marginale 0,5 Milliarden Euro im Mai 2022. Damit ging der Exportüberschuss, auch Handelsbilanzüberschuss genannt, in den ersten fünf Monaten 2022 um 70,7 Prozent zum Vorjahr zurück.

Fehlentscheidung Russlandsanktionen

Die Sanktionen gegen Russland sind nach Aussagen von Prof. Dr. Christian Rieck, der an der Frankfurter University of Applied Sciences unterrichtet, nicht nur sinnlos, sondern kontraproduktiv für Deutschland. Denn Sanktionen schaden immer beiden Seiten. Deutschland hat sich hier wirtschaftlich verspekuliert. Erstens wird Russland durch die Sanktionen nicht im

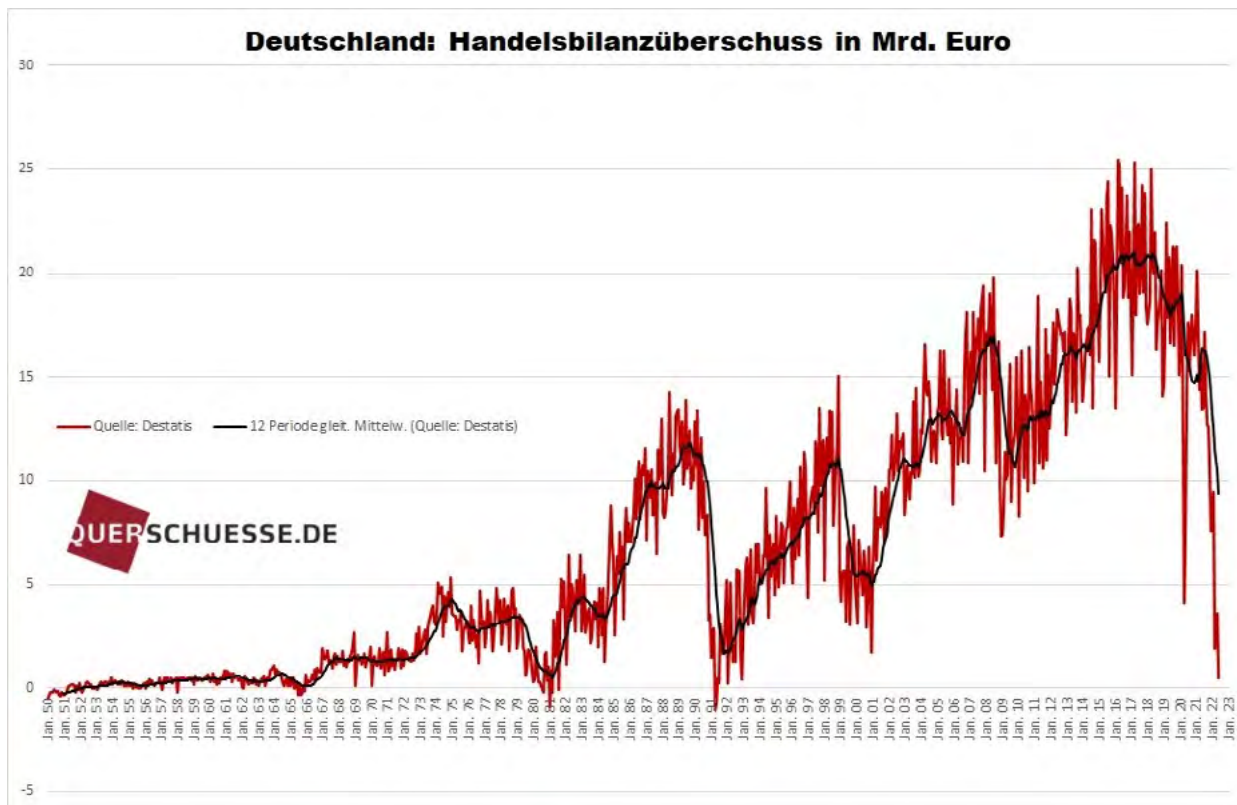


Abbildung 1: Die Grafik zeigt den extremen Abwertstrend des Handelsbilanzüberschusses seit Beginn 2022.

Die Abbildung 1 zeigt diesen starken Trend. Deutschland verliert massiv an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, was Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Wohlstand kosten wird. Wer soll in Zukunft der Zahl- und Transfermeister in Europa sein, um die EU und den Euro stetig zu retten? Italien? Frankreich? Spanien? Spaß beiseite, Deutschland wird es sich nicht mehr leisten können, wenn man seine industrielle Basis zerstört und keine neue hat. Man hat sich selbst ins Abseits katapultiert durch politische Fehlentscheidungen und eine Hybris.

angestrebten Ausmaß geschwächt und zweitens wird die deutsche Wirtschaft durch die entstandene Gaskrise massiv angegriffen. Rieck erklärt weiter, dass es sich bei den Maßnahmen gegen Russland um ein Sanktions-Paradoxon handelt, denn die Sanktionen können hier langfristig gegenteilig wirken, wenn es nicht gelingt, den Aggressor so zu schädigen, dass er kapitulieren muss und dann schafft man mit den Sanktionen sogar noch einen Anreiz, die kriegerischen Handlungen auszudehnen, auch auf andere Länder. Außerdem befindet sich die deutsche Politik in einer Hybris, da sie alle anderen Mitspieler, also andere wirtschaftlich starke Länder aus ihrer Überlegung ausschließt. Russische Wirtschaftsvertreter haben sich beispielsweise andere Abnehmer für ihr Gas ausgesucht. Putin verdient mit seinen Gas- und Ölverkäufen soviel Geld wie noch nie. Und seine neuen Gas-Abnehmer können nun das erworbene Gas mit einem hohen Gewinn an Deutschland wieder verkaufen.

Der frühere Exportweltmeister ist in die zweite Bundesliga abgestiegen.

Wirtschaft in Trümmern

Wir stehen vor dem Scherbenhaufen einer grandios gescheiterten Energiepolitik, die ideologisch verblendet, auf Teufel komm raus durchgezogen wurde. Während wir abschalten, schalten alle anderen ein. Dass jetzt auch noch die EU mit der Taxonomie Gas und Atom als „grün“ eingestuft hat, ist ein Gong auf die Zwölf und die totale Bankrotterklärung der deutschen Energiepolitik der letzten Jahre. Wir dürfen nicht vergessen: Deutschland ist abhängig von billigen Rohstoffen und deren Verfügbarkeit. Die einstigen Zugpferde der deutschen Wirtschaft, die Automobilhersteller, können als Paradebeispiel für den Abstieg herhalten. 2021 sank schon die Produktion um 11,7 Prozent, um jetzt im ersten Halbjahr 2022 nochmals 2,9 Prozent zum Vorjahr zu verlieren. Ob unsere Autofirmen den Transformationsprozess vollziehen und überleben, steht in den Sternen. Ebenso, ob die mobile Zukunft tatsächlich elektrisch ist und woher der dafür benötigte Strom und andere Rohstoffe eigentlich kommen sollen. Fakt ist: Grundlastfähig sind aktuell weder Sonne noch Wind.

Nun stellt sich die Frage, ob mit Deutschlands wirtschaftlichem Untergang die Europäische Union noch überlebensfähig ist.

Wird die EU überleben?

Die Chancen schwinden parallel mit der Zerstörung der deutschen Wirtschaft. Eine Lösung ist weit und breit nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil, denn nicht nur die Wirtschaft kränkelt, sondern vor allem unser Geldsystem und mit ihm die Europäische Zentralbank (EZB). Die Zinswende ist endlich da! Ist sie das aber tatsächlich? Nach elf Jahren schickte sich die EZB an, zum allerersten Mal wieder die Zinsen zu erhöhen und zwar um 25 Basispunkte auf – jetzt halten Sie sich fest – null

Prozent. Mittlerweile wurde der Leitzins von 0,5 auf 1,25 Prozent erhöht (Stand 8.9.22, s. zum Beispiel hier: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/finanzen/ezb-erhoeht-leitzins-101.html>)

Kein Witz. Alleine diese Verzweiflungstat verdeutlicht, wie rat- und planlos die Währungshüter in Frankfurt doch sind. Sie haben weder der historisch hohen Inflation noch den aktuellen Krisen etwas entgegenzusetzen. Die Munition wurde in den letzten Jahren komplett verschossen. Die Finanzkrise, die Eurokrise und zuletzt die Coronakrise haben die EZB immer weiter in die Ecke gedrängt. Parallel hat man angefangen, auch Nebenkriegsschauplätze zu beackern wie die grüne Transformation mit dem Green Deal. Die Antworten auf jede dieser Krisen waren immer dieselben: Gelddrucken und Zinssenkungen. Die Klaviatur wurde ins Extreme inflationär ausgespielt. Endergebnis: Durch das stetige Gelddrucken hat sich die Bilanz der EZB auf gigantische 8,81 Billionen Euro aufgebläht, was circa 84 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) der Eurozone entspricht.

Inflation historischen Ausmaßes

Das Resultat ist eine historisch hohe Inflationsrate von aktuell zehn Prozent in der Eurozone sowie, dass 40 Prozent der Staatsschulden in der Bilanz der EZB liegen. Parallel haben sich die Regierungen bis zur Halskrause verschuldet und benötigen die Inflation mehr als es der EZB recht ist, um ihre Schulden weg zu inflationieren auf Kosten der Bürger. Denn sie sind es, die die Zeche durch steigende Preise zahlen, weil den Bürgern in der EU damit parallel die Kaufkraft immer weiter genommen wird. Hand in Hand ist die Vermögenspreisblase mit der Bilanz der EZB in den letzten Jahren gestiegen. Aktien, Oldtimer, Kunstwerke, Immobilien und so wei-

Nun stellt sich die Frage, ob mit Deutschlands wirtschaftlichem Untergang die Europäische Union noch überlebensfähig ist.



ter – alle sind in Eurowerten weiter angeschwollen. Dies spiegelt lediglich den Kaufkraftverlust wieder. Wer sich zum Beispiel vor zehn Jahren eine Immobilie gekauft hat, bekommt nun doppelt so viele Papierscheine für dasselbe Objekt – ob renoviert oder nicht. Die Immobilie ist weder auf die doppelte Größe gewachsen noch hat sich das Grundstück in seiner Größe verdoppelt, sondern es verdeutlicht lediglich, dass sich die Kaufkraft der Papierscheine der EZB im Wert halbiert haben und wir alle de facto Kaufkraft verloren haben.

Hoher Verlust der Kaufkraft

Seit Einführung des Euros 2001 hat der Euro offiziell laut Statistischem Bundesamt über 35 Prozent an Kaufkraft verloren. Nimmt man aber einen objektiveren Gegenwert heran wie zum Beispiel den Goldpreis, sind wir bei über 90 Prozent Kaufkraftverlust, was der Realität doch einiges näher kommt, wenn man sieht wie sich beispielsweise Immobilienpreise und Aktienmärkte entwickelt haben. Die EZB hat damit planwirtschaftlich, sozialistisch organisiert die Reichen reicher gemacht und die Mittelschicht ärmer. Wir haben nichts anderes gesehen wie den von mir prognostizierten größten Vermögenstransfer in der Geschichte der Menschheit von unten, der Mitte und oben nach ganz ganz oben in die Hände immer weniger. Dies ist der Cantillon Effekt, der leider wie geschmiert funktioniert. Die geradezu lächerlich anmutende Zinserhöhung der EZB, die zaghaft und unsicher wirkt, wird weder der mittlerweile knapp 10

Prozent Inflationsrate (Stand Oktober 2022) noch der Schuldenlast gerecht.

Die nächste Krise ist schon vorprogrammiert!

Wie immer hat die EZB zu spät und zu wenig reagiert. Sie kann die Zinsen gar nicht markant erhöhen, da sonst die Südstaaten Europas der Reihe nach umkippen würden. Die EZB steckt in der Zwickmühle zwischen der Bekämpfung der Inflation oder der Rettung des Euro sowie die Südstaaten Europas zu retten und am Leben zu erhalten. Alles zusammen geht nicht. Es bahnt sich schon die nächste große Krise an. Ein Blick auf die Staatsanleihen im Euroraum verdeutlicht das Dilemma: Schon jetzt klaffen die Staatsanleihen wieder weit auseinander. Italien muss aktuell 2,5 Prozent mehr Zinsen am Kapitalmarkt für neue Schulden befragen als Deutschland. Für ein Land wie Italien mit einer Schuldenquote von nahezu 150 Prozent zum BIP ist jeder Prozentpunkt schmerzhaft.

Die EZB befindet sich im Endspiel

In Deutschland sehen wir ein 50-Jahreshoch der Inflationsrate mit 7,9 Prozent (Prognose für 2022, s. hier: www.inflationrate.com). Dies alles auf den Krieg in der Ukraine und die Coronakrise zu schieben, ist zu einfach. Schon davor hatten wir deutlich über fünf Prozent Inflation. In Abbildung 2 kann man gut erkennen, wie hohe Inflationsraten in der

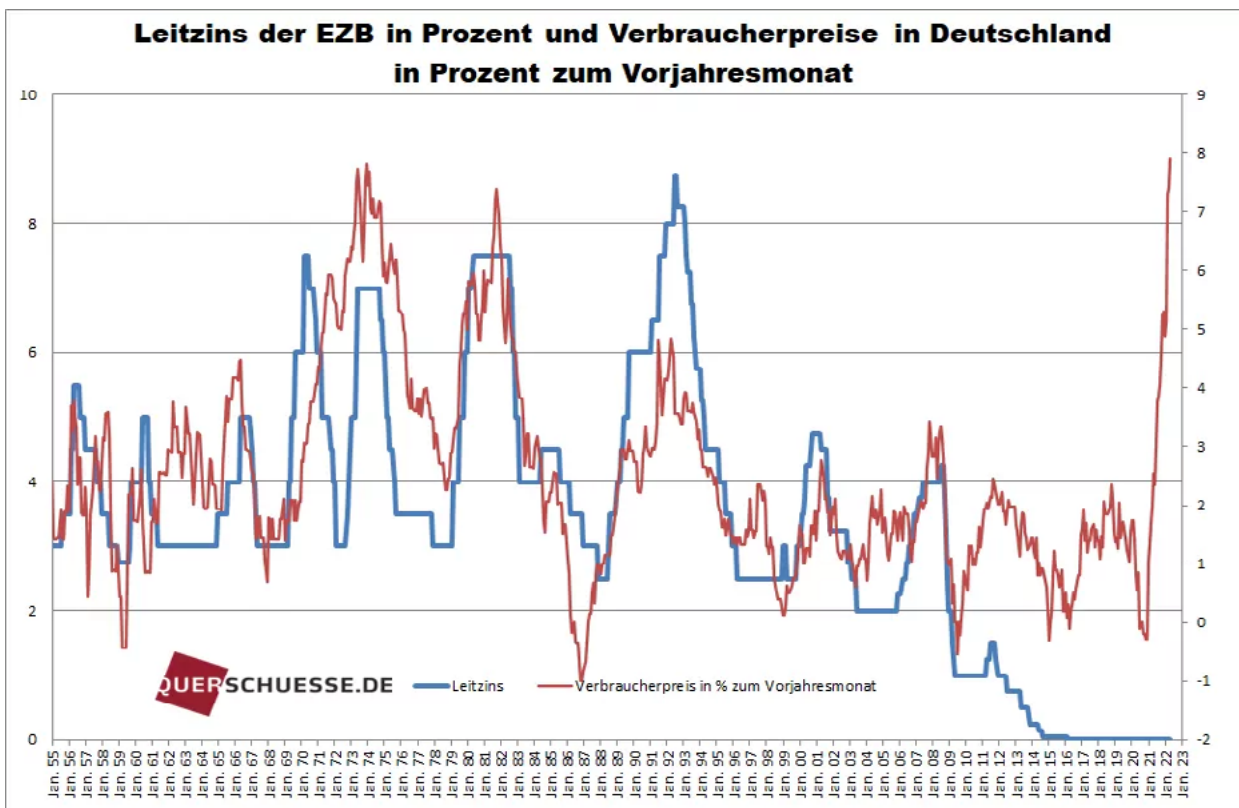


Abbildung 2: Die Grafik zeigt, wie die Verbraucherpreise (Inflationsrate) mit steigenden Leitzinsen bekämpft wurde.

Die Strategie, jede Krise seit den 1970er Jahren mit immer mehr Geld zu „heilen“, hat sich als nicht erfolgreich herausgestellt.

Vergangenheit mit steigenden Zinsen bekämpft wurden. Dieses Mal hat die Europäische Notenbank das Problem, dass der Zins bei null Prozent ist und damit der Spielraum der EZB in Frankfurt mehr als eingeschränkt ist. Aber dies ist nicht das einzige Problem: Denn wir haben zusätzlich noch Krieg in Europa, die Kollateralschäden der Corona-Krise wie zum Beispiel kaputte Lieferketten, eine drohende Rezession und Lockdowns in China sowie eine Energiekrise, die teilweise durch eine falsche Energiewende selbst verursacht wurde. All das spricht für eine große Krise. Die EZB muss sich also nun entscheiden zwischen Pest und Cholera: Bekämpft sie die Inflation und beendet damit das Währungsexperiment Euro und schickt die Zombiestaaten (Staaten, die zum Beispiel durch Staatsanleihenkäufe durch die EZB am Leben erhalten werden, wie zum Beispiel Griechenland oder Spanien) in den Bankrott oder rettet sie diese und riskiert eine Hyperinflation. Egal wie man es dreht und wendet, beides führt zum gleichen Ergebnis: das Ende des Euros!

Selbstbeschränkung des Staates

In einer Gesprächsrunde mit dem Wirtschaftswissenschaftler Gunther Schnabel und dem Unternehmensberater und Autor Markus Krall stellten wir fest, dass nur eine Selbstbeschränkung des Staates, durch Abschaffung von Ämtern und Deregulierung der Wirtschaft zukunftstauglich wären. Hierbei müssten natürlich alle Euroländer mitziehen, da sich sonst Deutschland ins Abseits schießt.

Die Staatsausgaben müssten drastisch reduziert werden. Das heißt zum Beispiel, dass jegliche Art von Subventionen sofort eingestampft werden sollten. Anfangen sollte man mit dem unnötigen Luxusausbau des Bundeskanzleramtes für 777 Millionen Euro in Zeiten der grassierenden Inflation.

Des Weiteren sollte die stetige Expansion des Beamten- und Bürokratieapparats eingedämmt werden. Die Ministerien stellen immer mehr ein, während in der Realwirtschaft abgebaut wird. So kann ein Land nicht nachhaltig funktionieren. Nach der Eurokrise brauchen wir einen Neustart mit einem schlanken Staatsapparat. Der Bundespräsident ist de facto unnötig und aus der Zeit gefallen. Auch könnte man einige Ministerien zusammenfassen und somit Minister einsparen. Generell braucht es weniger Personal und dieses sollte auch leistungsorientiert mit Zielvorgaben konfrontiert und bezahlt werden.

Deregulierung der Wirtschaft könnte wie folgt stattfinden: Den freien Markt und den Preis wieder agieren lassen so wie unter Ludwig Erhard während des Wirtschaftswunders. Der Markt regelt tatsächlich vieles von allein und braucht keine Planwirtschaft von Regierungen. Die Strategie, jede Krise seit den 1970er Jahren mit immer mehr Geld zu „heilen“, hat sich als nicht erfolgreich herausgestellt. Es braucht eine neue Währung. Ob dies der digitale Euro (eEuro) sein wird, was sich die Kontrollsüchtigen unter unseren Eliten wohl wünschen würden, werden wir noch sehen. Jedenfalls scheint es sinnvoll, jetzt in Sachwerte zu investieren, die durch die Natur oder durch die Mathematik limitiert werden. Zum Beispiel Wald, Vorräte, Diamanten, Aktien aus dem Rohstoffbereich oder Bitcoin (mathematisch limitiert). Der Rohstoff-Superzyklus hat gerade erst begonnen. ■

Buchtipps

Marc Friedrich: „Die größte Chance aller Zeiten“, FinanzBuch-Verlag, 22,- €, ISBN 978-3959724579



Interessante Videos zum Thema

Stefan Homburg: Der Euro hat keine Chance:

<https://www.youtube.com/watch?v=I5ZPGWW8u3c>

Christian Rieck über Sanktionen:

<https://www.youtube.com/watch?v=4D7bkz-gVyQ>

Marc Friedrich: Gasnotfallplan:

<https://www.youtube.com/watch?v=iPrUli2KglY>

Der Autor



Marc Friedrich, geb. 1975, ist sechsfacher Bestsellerautor, Finanzexperte, gefragter Redner, Vordenker, Freigeist und Gründer der Honorarberatung Friedrich Vermögenssicherung GmbH für Privatpersonen und Unternehmen.